

Verrat an der Republik

Ein Plädoyer für Berlin und gegen die Marginalisierung der Kultur

Von Monika Grütters

Ach, wie hat sich in den letzten Tagen die Funktionärselite gefallen in der satten Berlin-Beschimpfung. In Häme und beinahe zynischer Selbstgefälligkeit begrüßte sie mehrheitlich das Karlsruher Urteil. Und dann erst die ungebetenen Vorschläge der Richter, die - der Sachkunde unverdächtig - vor allem Kultur und Wissenschaft als Sparopfer empfahlen! Sie haben die Relationen verkannt, denn die Kultur macht gerade einmal 1,8 Prozent des Landeshaushalts aus. Wer alles auf einen Schlag einspart, gewinnt fünf Tage Zinstilgung. Dabei geht es um mehr, es geht um unseren Begriff von der Kultur und von der Hauptstadt. Daran scheiden sich die Geister, und das nicht erst seit dem unseligen Spruch der Bundesverfassungsrichter oder seit Klaus Wowereit die Kultur durch seinen rücksichtslosen Zugriff so demonstrativ marginalisiert hat. Mancher Politiker beklagt ernsthaft den finanziellen Aufwand des Bundes für Kultur und Medien in Berlin - es sind 420 Millionen Euro -, während das Land selbst nur gut 350 Millionen aufwendet. Andere provozieren immer wieder mit der Polemik "Brauchen wir drei Opernhäuser?" die Fachwelt. Dabei fragt eine Mutter von drei Kindern ja auch nicht, ob sie sie alle drei braucht, sondern sie sieht zu, dass aus ihnen etwas wird.

Doch ernsthaft beantworten muss Berlin, muss die Hauptstadt, müssen die kulturellen Ereignisse selbst diese Fragen nach ihrer Existenzberechtigung. Dem Kulturföderalismus geschuldet ist dabei Kulturpolitik in Berlin zunächst Landespolitik, und damit Anstoß im Wettstreit mit den anderen Ländern. Aber Berlin war auch der Ort brandenburgischer, preußischer, deutscher, europäischer und Welt-Politik und hat weiter reichende Verpflichtungen als ein einfacher Stadtstaat mit knapp vier Millionen Einwohnern. Allein durch seine geschichtlichen Prägungen ist Berlin deutlich reicher in seinen Kultur-Horizonten als jedes andere Bundesland.

Zugleich ist es der wichtigste Ort der Erinnerung an die Barbarei, an jahrzehntelange Spaltung der Welt und an ihre glückliche Überwindung vor siebzehn Jahren. Darin steckt mehr als nur eine kommunale Verwaltungs-Verantwortung. Und Berlin ist die Hauptstadt. Was hier kulturell gelingt, wird in den Augen der Welt dem ganzen Land gutgeschrieben. Für das Misslungene freilich wird auch das ganze Land verantwortlich gemacht. Kulturpolitik in Berlin ist also immer auch Bundespolitik. Und Bundes-Kulturpolitik für Berlin ist Ausdruck der Anerkennung der besonderen Rolle der Hauptstadt für die Nation.

Besser noch beschreibt man Berlins kulturpolitische Rolle als die eines Katalysators von Meinungsbildung. In Berlin müssen sich Land und Bund nach ihrer Verantwortung gegenüber dem Land, gegenüber Europa und der Welt fragen. Die Länder sollten sich endgültig klar machen, dass Berlin kein konkurrierendes Bundesland ist, sondern ihr Mittelpunkt, der allen dient. Diesem Geist ist auch der Hauptstadtkulturvertrag geschuldet, der die vollständige Übernahme einiger Einrichtungen in Berlin durch den Bund regelt.

Vergessen wir nicht die wachsende Internationalisierung der Kultur in Berlin. Die wird natürlich auch befördert durch die Botschaften und internationalen Institute in der Stadt. Berlin muss dem Bund klarmachen, dass er außenpolitisch als erster von einer Kulturblüte seiner Hauptstadt profitiert. Zur nationalen Identität gehört nicht allein das kulturelle Erbe vergangener Zeiten, so eindrucksvoll und schützenswert es auch sei, dazu gehört vor allem

auch das Neue, die künstlerische Avantgarde. Sie geht der gesellschaftlichen Wirklichkeit, auch der Wirtschaft, voraus. Kulturelle Existenz ist also keine "Ausstattung", die eine Nation sich leistet, sondern sie ist eine Vor-Leistung, die allen zugute kommt - nicht zuletzt deshalb, weil sie Eliten an den Ort bindet und das Prestige des Standortes hebt.

Die Kultur in Berlin ist nicht Teil des Problems, sondern - in Anbetracht des wirtschaftlichen Ertrags und des geringen Aufwands - Teil der Lösung. An ihrer Humanität spiegelt sich unser öffentliches Bewusstsein. Es ist eine traurige und kurzsichtige Politik, die nur fragt, wo man bei Kultur und Wissenschaft noch sparen kann, statt zu fragen, was alle gemeinsam für Kultur und Wissenschaft tun können. Man muss sich nicht wundern, wenn die jahrelang gepflegte Sarrazin'sche Polemik, wonach Berlin "zu viel Kultur" habe und auch noch mittelmäßige, sich langsam in den Köpfen der Berlin-Kritiker festsetzt - völlig unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt. Warum sollten sich Bund und Länder für etwas finanziell engagieren, was derart schlechtgeredet wird von den Zuständigen? Diese Herabwürdigung der kulturellen, der eigentlichen Elite der Stadt durch einen fachlich unzuständigen Finanzsenator lässt die Neider sich wohlig einrichten in ihrer Hauptstadt-Häme. Ein Regierender Kultursenator, der die Staatsoper weder sanieren noch künftig betreiben will, sondern sie dreist abschiebt an den Bund wie ein lästiges Problem, lässt nicht nur die hervorragenden Künstler dort im Stich, sondern bedient damit nur die traurigen Anti-Berlin-Ressentiments. Das ist verantwortungslos und darf niemals offizielle Berliner Kulturpolitik werden.

Und jetzt noch das trotziges Statement "Berlin ist nicht die Kulturhauptstadt Deutschlands". Eine so falsche wie überflüssige Feststellung, getroffen ausgerechnet in einem Text der Kultur-Enquete-Kommission im Bundestag, die doch über die Kultur-Geschicke in Deutschland befinden soll. Das sagt mehr aus über die Autoren als über Berlin. Zwar kennt der Föderalismus keine "Kulturhauptstadt", aber das alte europäische Modell der kulturell strahlenden Hauptstadt hat sich in Berlin in all den Jahren als unverwüstlich erwiesen. Diesem Mechanismus kann auch der Regierende Bürgermeister durch die Abwertung der Kultur in Berlin zu einer Abteilung seiner Staatskanzlei nichts anhaben. Die Kultur und ihre Akteure sind selbstbewusst genug - sie werden auch eine mittelmäßige Administration überstehen. Und nun stellen wir uns einfach kurz vor, die Koalition in Berlin hätte sich besonnen und ihre "Braut" Kultur geschmückt, sie finanziell unbeschädigt gelassen, sich zu ihrer Weltklasse-Staatsoper bekannt, die Sanierung des Hauses im Etat verankert und das Ressort selbstverständlich wieder mit einem eigenständigen Kultursenator versehen - so, und nur so hätte man die Kritiker aus Karlsruhe und dem Rest der Republik beschämt - und die Attraktion Berlins wieder strahlen lassen. Berlin kann uns allen kulturpolitisch gar nicht genug wert sein.

Monika Grütters ist Kultur-Obfrau der CDU im Bundestag.
Aus: Berliner Zeitung vom 13.11.2006